Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung. Die im Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aufgeführte These, dass es in den vergangenen Monaten zu Fehlentscheidungen im Ausländeramt gekommen sei, weise er mit Nachdruck für seine Verwaltung zurück. Er stelle sich vor seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und könne eine derartige Äußerung von einer Fraktion des Kreisages so nicht hinnehmen.

KTM Peters schlug vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Integration zu verweisen.

KTM Dr. Bieber bemerkte, nach dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion sei ein Konzept gewünscht, welches eine Ermessensreduzierung für die Verwaltung bei Ausländerangelegenheiten zum Inhalt habe. Das beziehe sich praktisch auf Rechts- und Ordnungsangelegenheiten des Kreises.
Darüber hinaus werde fälschlicherweise unterstellt, dass die Verwaltung fehlerhafte Ermessensentscheidungen getroffen habe. In einem zweiten Schritt werde eine Beschleunigung der Bearbeitungszeit angeregt.

Weiter wies KTM Dr. Bieber darauf hin, dass nach der Vorlage der Verwaltung aktuell eine Organisationsuntersuchung im Hinblick auf eine bessere Bearbeitungszeit sowie auf eine personelle Verstärkung durchgeführt werde.
Das sei eine Angelegenheit, die auch in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und Gleichstellung falle. Er rege an, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales und Integration und in den Ausschuss für Personal und Gleichstellung zu verweisen. Die Federführung obliege dann dem Ausschuss für Personal und Gleichstellung.

Der Landrat sagte, das Ausländeramt sei im ständigen Austausch mit den Flüchtlings- und Helferorganisationen. Man habe verbindlich vereinbart, dass man sich bei bevorstehenden fraglichen Abschiebungen im Hinblick auf die Integrationsbereitschaft mit den Hilfsorganisationen in Verbindung setze, um das weitere Vorgehen abzusprechen.

Hierbei gehe es nicht um eine Selbstbindung der Verwaltung, sondern um die Klärung, ob ggf. humanitäre Belange eine Rolle spielen. Dieses Vorgehen sei von den Hilfsorganisationen ausdrücklich begrüßt und bestätigt worden.

KTM Waldästl sagte, seine Fraktion habe bewusst einen Verweis des Antrages in den Ausschuss für Soziales und Integration vorgeschlagen, nachdem die Vorlage der

Verwaltung vorliege. Demnach können die aufgeführten Ausführungen in der Vorlage dort fachlich beraten werden. Einem zusätzlichen Verweis des Antrags in den Ausschuss für Personal und Gleichstellung stimme er zu.

Auf Nachfrage des KTM H. Becker, ob der Antrag auf Grund eines Verweises in die Fachausschüsse in der kommenden Sitzung des Kreistages nicht beraten werden müsse, stimmte KTM Waldästl dem zu.